

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu:

**Antrag der Fraktion DIE LINKE - Rauchverbot an Fahrgastunterständen des ÖPNV -
Drucksache 7/467 vom 14.01.2020**

Nichtraucherinnen und Nichtraucher gemeinsam schützen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) Gespräche aufzunehmen, um gemeinsam die Notwendigkeit und den Bedarf für eine gesetzliche Regelung eines Rauchverbotes in und an Fahrgastunterständen des öffentlichen Nahverkehrs zu erörtern. Über die Ergebnisse der Gespräche ist dem zuständigen Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz bis zum Ende des Jahres ein schriftlicher Bericht vorzulegen.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag haben sich SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verständigt, den Schutz vor Passivrauchen weiterhin konsequent umzusetzen. Darüber hinaus wurde wissenschaftlich festgestellt, dass nicht nur das aktive Rauchen gesundheitsschädlich ist, sondern auch das passive Rauchen ein erhebliches Erkrankungsrisiko in sich birgt. Insbesondere für Kinder und Jugendliche ist Passivrauchen aufgrund ihres noch unausgereiften Organismus besonders gefährlich und hat erhebliche Auswirkungen auf die körperliche Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund hat das Land Brandenburg bereits 2007 zum Schutz vor den Folgen des Tabakkonsums, insbesondere zugunsten der Nichtraucherinnen und Nichtraucher, ein gesetzliches Rauchverbot in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden verhängt. Ein Rauchverbot gilt auch im Außenbereiche von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sowie auf Spielplätzen.

Mit dem vorliegenden Antrag soll geprüft werden, ob das gesetzliche Rauchverbot auf Fahrgastunterständen des öffentlichen Nahverkehrs ausgeweitet werden soll bzw. ob den

Kommunen eine entsprechende gesetzliche Ermächtigung erteilt werden soll.